

Die Komturei Tobel kommt nicht zur Ruhe. Der Gemeindeammann von Tobel-Tägerschen fährt erneut scharfes Geschütz auf.

markus schoch

Frauenfeld. Die Stiftung habe seit der Gründung im März 2006 jährlich mehr als eine Million Franken ausgegeben und bloss Visionen entwickelt. Zählbares könne sie jedoch nicht vorweisen, wirft der CVP-Kantonsrat den Verantwortlichen in einem Vorstoss vor. In der Verantwortung sieht er auch die Stiftungsaufsicht. Es «liege der Verdacht nahe», dass sie ihre Aufgabe gegenüber der Stiftung der Komturei «nicht in allen Teilen» wahrgenommen habe, schreibt Kuttruff in einem separaten Antrag.

Konflikt schwelt seit langem

Es ist nicht das erstemal, dass der Gemeindeammann der Standortgemeinde mit dem Stiftungsrat hart ins Gericht geht. Im Sommer des letzten Jahres war er aus Protest als Präsident des Fördervereines der Komturei zurückgetreten und wollte diesen auch gleich auflösen. Denn der Stiftungsrat habe vieles verschlafen und verbreite Unwahrheiten, kritisierte Kuttruff damals. Eine Mehrheit der Vereinsmitglieder wollte aber mit neuen Köpfen weitermachen. Kurze Zeit später kam es auch im Stiftungsrat zu einem personellen Wechsel. Danach blieb es lange ruhig um die Komturei.

Absage für Durchgangsheim

Seit kurzem ist aber wieder Feuer im Dach. Im September unterbreitete die Gemeinde Tobel-Tägerschen dem Stiftungsrat ein Kaufangebot für einen Teil der Liegenschaft (Haus Traube, Traubenscheune, Parkplatz und Bauland). Der Stiftungsrat lehnte es gemäss Kuttruff jedoch mit einem kurzen Mail und «ohne stichhaltige Begründung» ab. Anfang Dezember gab er auch dem Kanton einen Korb, der im Haus Traube ein Durchgangsheim für Asylsuchende einrichten wollte. Zudem erhielt die Komtureibrauerei nach Angaben von Kuttruff auf Ende Oktober die Kündigung, weil die Räumlichkeiten für ein eigenes Gastronomiekonzept benötigt würden. Nach Darstellung des Stiftungsrates ging es um Geld (Miete und Nebenkosten).

«Sturm im Wasserglas»

In einer Mitteilung von Anfang Dezember verteidigt sich der Stiftungsrat gegen die Vorwürfe. Er habe sich einstimmig «für jene Option entschieden, in der sich die Stiftung aus eigener Kraft aus ihrer heiklen Situation befreien will», heisst es darin. Co-Präsident Benedikt Wälder spricht gegenüber den Medien von einem «Sturm im Wasserglas».

Die Strategie berücksichtige die Anliegen der direkten Umgebung und des weiteren Umfelds der Stiftung und schaffe den notwendigen Handlungsspielraum «für die

verfolgten Projekte und langfristigen Optionen». Die Stiftung stehe auf finanziell schwachen Beinen, «in ihren Inhalten und Perspektiven ist sie es nicht», hält der Stiftungsrat den Kritikern entgegen. Der Plan sehe einen Landverkauf zur finanziellen Stärkung vor.

«Die bescheidene Art, die seit einem Jahr eingeschlagen wurde, zeigt nun die ersten Früchte», heisst es in der Mitteilung weiter.

Neuanfang nötig

Kuttruff hält das für Schönfärberei. Er sei überzeugt, dass «nur ein völliger Neuanfang, ausgelöst durch Zahlungsunfähigkeit der Stiftung, Heimfall der Anlage oder Rücktritt der ganzen Stiftungscrew, eine Chance bietet», schreibt er im Vorstoss.

Die Stiftung wurde 2006 mit einem Startkapital von 2,9 Millionen Franken vom Kanton ausgestattet. Der Regierungsrat machte von Anfang an unmissverständlich klar, dass es keine zusätzlichen staatlichen Gelder gibt. Das ehemalige Verwaltungs- und Gerichtszentrum des Johanniterordens wartet seit über 20 Jahren darauf, aus dem Dornröschenschlaf geweckt zu werden.